



Wahlen in Peru: ein Gewinner, aber noch kein Sieger

Hilmar Ruminski

- *Vorläufiges Endergebnis: Der Außenseiter Ollanta Humala liegt eindeutig in Führung.*
- *Kopf-an-Kopf-Rennen: Alan García hat knapp die Favoritin Lourdes Flores überholt und geht in die zweite Runde. Damit hat er gute Chancen auf das Präsidentenamt.*
- *Abstrafung der Regierung Toledo: Nach dem derzeitigen Stand der Stimmenaushöhlung wird keine der Regierungsparteien im Kongress vertreten sein.*
- *Stichwahl findet Anfang Juni statt.*

Am 9. April fanden in Peru Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Kongress bzw. zum andinen Parlament statt. Fast 17 Millionen Peruaner, darunter auch erstmals 150.000 Angehörige von Militär und Polizei, waren aufgerufen, einen Nachfolger für den auscheidenden Präsidenten Toledo zu wählen. Von den 18 Kandidaten konnten sich den Meinungsumfragen zufolge nur der Nationalist Ollanta Humala (*Unión por el Perú* /UPOP), die Vertreterin des konservativen Lagers Lourdes Flores (*Unidad Nacional* /UN) sowie der sozialdemokratische Ex-Präsident Alan García (*Partido Aprista Peruano* /APRA) Chancen auf den Einzug ins Präsidentenamt ausrechnen.

Wahlergebnisse

Nach dem vorläufigen Endergebnis führt Ollanta Humala mit 30,8%, gefolgt von Alan García mit 24,3% und Lourdes Flores mit 23,6%. Martha Chávez (*Alianza por el*



Futuro/AF, „Fujimoristas“) gewann 7,4% und Valentín Paniagua (früherer Präsident, *Acción Popular* /AP) 5,7% der Stimmen. Die übrigen 13 Kandidaten konnten zusammen weniger als 8% auf sich vereinigen. Ollanta Humala liegt in 18 der 25 Regionen vorn, z.T. mit weitem Abstand (Ayacucho 64%) und hat sich nicht nur, wie erwartet, in der Sierra behauptet, sondern auch in den südlichen Küstenregionen hervorragend abgeschnitten. Alan Garcías Hochburgen liegen im Norden, Lourdes Flores konnte lediglich in Lima und bei den Auslandsperuanern ein gutes Ergebnis erzielen. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hat, findet Anfang Juni zwischen den beiden Erstplatzierten eine Stichwahl statt. Während die vor den Wahlen durchgeführten Umfragen bei dieser Konstellation einen Sieg von Ollanta Humala über Alan García vorhersagten, werden nunmehr Alan García die besseren Chancen eingeräumt, da ihm eher zugetraut wird, mit den übrigen Gruppierungen Bündnisse einzugehen. Ollanta Humala dürfte sein Wählerpotential weitestgehend ausgeschöpft haben, während weite Teile des bürgerlichen Lagers sich aller Wahrscheinlichkeit nach für Alan García als das in ih-

ren Augen kleinere Übel entscheiden und ihm damit zum Sieg verhelfen werden. Gespräche in dieser Richtung haben denn auch schon gleich nach den Wahlen zwischen der APRA und der *Unidad Nacional* begonnen.

Die Kandidaten

Ollanta Humala (*Unión por el Perú*)

Ollanta Humala war den meisten Peruanern noch Ende des letzten Jahres ein unbeschriebenes Blatt. Der Ex-Militär, der sich selbst als Nationalist bezeichnen würde, hatte zum Ende der Fujimori-Zeit durch einen Putschversuch von sich reden gemacht, wurde aber von der wiederhergestellten Demokratie schnell begnadigt und später von Präsident Toledo zum Militärattaché in Paris bzw. Seoul berufen. Und viel mehr als das Kriegshandwerk hat er im Leben tatsächlich nicht gelernt.

Vater Isaac Humala, Ex-General und Mutter Elena Tasso stimmten ihre sieben Söhne schon früh auf eine militärische Laufbahn sein. Aus diesem persönlichen Umfeld gelangten im Wahlkampf immer wieder provozierende Kommentare an die Öffentlichkeit. So forderte die Mutter, man solle Homosexuelle erschießen, damit es weniger "Unmoral" gebe. Vater Isaac machte Schlagzeilen mit einem wirren Rassismus ("Ethnocacerismus"), indem er nur diejenigen als Peruaner anerkannte, die über einen ausreichenden Anteil "kupferhäutiger Rasse" verfügten.

Ollanta Humala selber distanzierte sich vorsichtig davon und hielt sich überhaupt mit konkreten Aussagen zurück. Er wolle Schlüsselindustrien verstaatlichen, Lizenzen ausländischer Mininggesellschaften zum Abbau von Gold und anderen Bodenschätzen überprüfen und die "Peruaner wieder zu Herren im eigenen Haus machen". Damit macht er sich die Verbitterung der verarmten Massen geschickt zu Nutze. Als sein Vorbild bezeichnet er den linken Militärdiktator Juan Velazco (1968-1975), und mit Hugo Chávez und Evo Morales sieht er sich in einem Boot. Auch bei ihm steht die "Neugründung" des Landes mittels einer neuen Verfassung an oberster Stelle seiner Prioritätenliste. Da die jetzige Verfassung noch aus der Fujimori-Zeit stammt, kommt diese Forderung auch bei den Mittelschichten gut an, genau so wie sein Versprechen, bedingungslos gegen die Korruption im Lande vorzugehen, die auch unter Präsident Toledo allgegenwärtig ist. Unklar ist, wen Ollanta Humala in sein Kabinett aufnehmen würde.

Ein geschickter Schachzug war in jedem Fall, den renommierten Direktor der Zentralbank Gonzalo García als seinen Vizepräsidenten zu nominieren und ihn mit der Formulierung des Regierungsprogramms zu beauftragen.

Alan García (*Partido Aprista Peruano*)

Der Ex-Präsident musste sich vor allem für seine miserable erste Amtszeit von 1985-1990 rechtfertigen, als das Land vor dem wirtschaftlichen und politischen Kollaps stand. Lange Zeit lag er in den Meinungsumfragen deutlich unter 20%. Doch gelang es ihm als brillanter Redner und geschickter Wahlkämpfer, sich als Alternative zum "Neoliberalismus" der Lourdes Flores einerseits und dem "Extremismus" eines Ollanta Humala andererseits zu präsentieren. Die Landwirtschaft wolle er ankurbeln und dafür die Agrarbank wiederbeleben, den Kleinunternehmern Mikro-Kredite über die *Banco de la Nación* vergeben und die privaten Arbeitsvermittlungsagenturen schließen. Den im formalen Sektor Beschäftigten versprach er, sich für die Bezahlung von Überstunden und die Respektierung des 8-Stunden-Tags einzusetzen. Vor allem aber gab er sich das Image eines erfahrenen seriösen Staatsmannes, der aus seinen Fehlern gelernt hat und nunmehr um ein zweites Mandat wirbt.

Lourdes Flores (*Unidad Nacional*)

Lourdes Flores, Rechtsanwältin und Dritte bei den Präsidentschaftswahlen von 2001, lag Monate lang in den Meinungsumfragen an erster Stelle, hat es aber in ihrem Wahlkampf nicht vermocht, klare Botschaften zu vermitteln. Wo sie es getan hat, wie z.B. mit dem Versprechen, 650.000 neue Arbeitsplätze allein im ersten Jahr ihrer Regierung zu schaffen, erschien sie unglaubwürdig. Zu sehr gilt sie als Vertreterin der reichen weißen Oberschicht. Taktisch ungeschickt ging sie mit einem Vizepräsidentenwahlkandidaten ins Rennen, der sich schon nach kurzer Zeit als eindeutiger Interessensvertreter der Wirtschaft unbeliebt gemacht hat und in der Folgezeit vor den Wählern praktisch versteckt werden musste.

Die Wahlen zum Kongress

Im Vergleich mit den Präsidentschaftswahlen spielen die gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen nur eine untergeordnete Rolle. Hinzu kommt, dass die Volksvertreter fast allen Kredit bei ihren Wählern verloren haben. In Meinungsumfragen gaben nur 9% der Befragten an, mit der Arbeit der Legislative zufrieden zu sein. Damit besitzt das Parlament von allen staatlichen Institutionen den mit Abstand schlechtesten Ruf.

2.590 Kandidaten von 32 Parteien bewarben sich um die 120 Sitze in dem Einkammerparlament. Die Zahl der Sitze pro Region richtet sich nach der Einwohnerzahl, die 450.000 Auslandsperuaner werden zur Region Lima gerechnet. Es ist eine Listenwahl, bei der die Wähler das Recht haben, die von den Parteien vorgegebene Reihenfolge durch Nennung ihres Wunschkandidaten zu verändern (*voto preferencial*): eine Bestimmung, die die Parteien ärgert, von der die Wähler aber gern Gebrauch machen. Wahlkreis ist die Region, eine Identifizierung "seines" Abgeordneten ist dem Wähler somit unmöglich. Die Parteien mussten für ihre Eintragung ins Wahlregister Mindestanforderungen erfüllen, zu denen erstmals auch die Nominierung ihrer Kandidaten in parteiinternen Wahlen gehörten. Ebenfalls neu war die Einführung einer 4%-Hürde, bei deren Nichterreichen die Partei ihr Recht auf Teilnahme an Wahlen einbüßt und sich bei den nächsten Wahlen gegebenenfalls erst wieder neu registrieren lassen muss.

Wahlergebnisse

Nach den noch sehr vorläufigen Wahlergebnissen ergibt sich für die Sitzverteilung im neuen Kongress das folgende Bild:

| Partei | Sitze |
|--------------------------------|-------|
| Unión por el Perú (UPP) | 43 |
| Partido Aprista Peruano (APRA) | 35 |
| Unidad Nacional (UN) | 19 |
| Alianza por el Futuro (AF) | 15 |
| Frente de Centro | 5 |
| Restauración Nacional | 3 |

Die folgenden Punkte erscheinen an dem Wahlergebnis besonders bemerkenswert:

Die Unbeliebtheit der Regierung Toledo wurde durch das Wählervotum bestätigt. Wenn es bei dem Wahlergebnis bleibt, wird keine der bisherigen Regierungsparteien noch im Kongress vertreten sein. Größer hätte die Niederlage der Regierung nicht ausfallen können.

Der neue Präsident wird über keine eigene Mehrheit im Kongress verfügen. Die *Unión por el Perú* von Ollanta Humala ist stärkste Fraktion geworden, dürfte es aber schwer haben, daraus Kapital zu schlagen. Würde Ollanta Humala Präsident, hätte er mit Sicherheit die Mehrheit des Kongresses gegen sich. Ein Präsident Alan García würde versuchen, unsichere Abgeordnete aus der UPP-Fraktion herauszubrechen.

Die APRA ist die einzige Gruppierung, die als eigenständige Partei im Kongress vertreten ist. Alle anderen Gruppierungen sind aus mehreren Parteien bestehende und entsprechend heterogene Wahlbündnisse.

Die "Fujimoristas" (*Alianza por el Futuro*) haben sich auch ohne ihren Führer als eigenständige Kraft etabliert. Die Zustimmung lag bei ersten Meinungsumfragen Mitte 2005 bei 17%, und das, obwohl den Befragten klar sein musste, dass Alberto Fujimori per Gerichtsbeschluss von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen war. Das zeigt deutlich, dass im Gedächtnis der Peruaner Alberto Fujimori das Land vorgebracht hat, wirtschaftlich und auch sozial. Der Wahlkampf der „Fujimoristas“ bestand im wesentlichen aus der Forderung nach Freilassung und Rückkehr des Ex-Präsidenten. Das reichte angesichts seiner noch immer beträchtlichen Popularität aus, um dieses relativ gute Ergebnis zu erzielen. Die AF-Spitzenkandidatin Martha Chávez verstand sich als Statthalterin für den an einer Kandidatur gehinderten Ex-Präsidenten. Seine Tochter Keiko, Kandidatin für den Kongress in Lima, erzielte das beste Ergebnis, das überhaupt ein Kandidat einer Partei erreicht hat, und gehört deshalb zu dem Dreier-Gremium, das die Eröffnungssitzung des nächsten Kongresses leiten darf. Doch weder sie noch Martha Chávez können als (neue) Führungsfiguren angesehen werden, die Fujimori ersetzen könnten.

Die zweite Runde des Wahlkampfes hat bereits begonnen

Ollanta Humalas erster Auftritt war in Trujillo, Hochburg der APRA, was deutlich macht, dass er versucht, ins APRA-Lager einzubrechen: Nur so hat er eine Chance, die zweite Runde zu gewinnen. Genau so verhält sich Alan García. Er fuhr zuerst nach Puno und warb um die Stimmen der Indigenas. Alan García ist dabei in der komfortableren Position. Er kann sich auf die Stimmen der UN mehr oder minder verlassen, die er auch ohne große Zugeständnisse bekommen wird. Deshalb versucht er auch, sich der Umarmung durch die UN zu entziehen, die ihn Stimmen der *sectores populares* kosten könnte. Die Bildung einer Großen Koalition UN-APRA nach dem Modell der *Concerta-*

ción in Chile, vom konservativen Lager gefordert, kommt deshalb für Alan García nicht in Frage, jedenfalls nicht jetzt in der zweiten Runde. Für die Arbeit im Parlament lassen sich Absprachen in dieser Richtung nicht ausschließen.

Hingegen liegen Ollanta Humala und García inhaltlich gar nicht so weit auseinander. Unterschiede liegen mehr im Diskurs als in den Standpunkten. Beide wollen "strategische Wirtschaftszweige stärker kontrollieren". Welche neben dem Bergbau dazugehören, bleibt zunächst offen. Beide sind gegen die Privatisierung der bisher staatlichen Wasserversorgung, und selbst Ollanta Humala hat die Verstaatlichung bereits privatisierter Industrien nicht mehr angesprochen. Die Halbierung der Gehälter der gesamten Regierung und der Kongressabgeordneten ist ebenfalls beider Ziel.

Die Verfassungsdebatte hat für Ollanta Humala eine wesentlich höhere Bedeutung als für Alan García. Eine Rückkehr zur alten Verfassung von 1979, an der die APRA maßgeblich mitgewirkt hatte, könnte Alan García sich hingegen sehr wohl vorstellen. Unterschiede gibt es beim Freihandelsabkommen mit den USA, welches Ollanta Humala strikt anlehnt, während Alan García Position eher aus einem "ja, aber" besteht. Und Hugo Chávez und Evo Morales gehören ganz sicher nicht zu García's Freunden. Erst vor kurzem hat er Hugo Chávez wegen dessen Rückzugs aus der *Comunidad Andina* (CAN) deutlich kritisiert und sich als Retter der CAN zu profilieren versucht.

Kontakt in Deutschland:

Anja Dargatz
Friedrich-Ebert-Stiftung
IEZ/Lateinamerika und Karibik
Godesberger Allee 149
53170 Bonn

Tel.: 0228/883-532
Fax: 0228/883-404
E-Mail: anja.dargatz@fes.de